

Islamisierung des Alltags?

Der Islam hat in Europa inzwischen eine sehr eigenartige Position erreicht. Da in dieser Religion der Alltag von der Religion bestimmt wird - wie in Europa im christlichen Mittelalter die Kirche den Alltag bestimmte - sind die Vertreter des Islams mit sehr großem Nachdruck dahinter, ihre religiösen Vorschriften in den Alltag der Menschen hineinzuzwingen. Wäre der Islam nur eine Religion wie andere, dann gäbe es keine Probleme und keine Debatten, keine "Islamophobie" und keine "Philo-Islamisten". Der Islam ist jedoch ein voraufklärerisches Gebilde aus Ideologie, Politik, Rechts- und Lebensvorschriften und Religion. Es geht nicht darum, wieweit und wiesehr Muslime in Europa tatsächlich dem islamischen Glauben verbunden sind, sondern darum, wie weit es islamischen Funktionären gelingt, islamische Räume im säkularen Europa zu erzwingen, somit in gewissen Bereichen vormoderne, voraufklärerische Zustände herzustellen, religiöse Vorschriften über die weltlichen europäischen Verhältnisse zu platzieren, Sonderrechte für eine islamische Sonderwelt einzurichten. Zu diesem Thema ein ausgezeichnete Artikel von der deutschen Schriftstellerin Monika Maron aus dem Spiegel.

Wie hast du's mit der Religion?



DPA-Bild: Musliminnen beim Freitagsgebet in der Nuur-Moschee in Frankfurt: "Wir alle werden gezwungen, über den Islam nachzudenken"

Die Idee des säkularen Staates ist es, dass uns die Religionen nicht behelligen - auch nicht der Islam.

Die Sache mit dem Islam wird immer verworrener. Gehört er nun zu Deutschland, oder gehört er nicht zu Deutschland? Es gibt ihn ja gar nicht, den Islam. Das sagen jedenfalls dieselben, die behaupten, dass der Islam zu Deutschland gehört.

Vielleicht kommen wir weiter, wenn wir die Frage anders stellen, wenn wir nicht wie Gretchen fragen: "Nun sag, wie hast du's mit der Religion?" Sondern wenn wir wie Bürger eines aufgeklärten, demokratischen Staates im 21. Jahrhundert fragen: Gehört die Trennung von Staat und Religion zwingend zu Deutschland? Darauf müssten wir antworten: ja. Das gilt für Christen, Juden, Hindus, Muslime und alle anderen.

Und wenn wir fragen, steht das Grundgesetz, das die Religionsfreiheit garantiert, ausnahmslos über der Religionsfreiheit, lautet die Antwort ebenso: ja.

Und gelten die individuellen Freiheitsrechte für beide Geschlechter? Natürlich ja.

Diese Fragen können wir, die deutsche Gesellschaft, beantworten.

Aber ob der Islam zu Deutschland gehört, können weder Christen, Atheisten oder Agnostiker, sondern nur die Muslime selbst entscheiden.

Soll der Islam die Stellung der Religionen in Deutschland verändern?

Die islamischen Verbände und Organisationen, aber auch die einzelnen Muslime müssen sich fragen, ob ihr Islam - den Islam gibt es ja nicht - in stande und bereit ist, sich diesen nicht verhandelbaren, zu Deutschland unbedingt gehörigen Voraussetzungen anzupassen. Wenn sie dabei in Glaubenskonflikte geraten, müssen sie ihren Gott und den Koran befragen, welche Möglichkeiten sich bieten, mit der Gesellschaft, zu der sie gehören wollen, Übereinstimmung und Frieden zu finden.

Wenn das gelingt, haben wir kein Problem, dann ist der Islam eine nicht besonders auffällige Religion wie die anderen Religionen auch. Dann verzichtet er freiwillig auf Sonderrechte, auf Prozesse um Gebetsräume in Schulen und Universitäten, die Befreiung von bestimmten religionsunverträglichen Arbeiten wie die Berührung von Bierflaschen, dann werden Imame und Funktionäre ihre Gläubigen davon überzeugen, dass ihre Religion sie weder be-

rechttigt, deutsche Gesetze zu brechen, noch die vereinbarten Regeln des Zusammenlebens in diesem Land zu missachten.

Die Frage heißt eben nicht: Gehört der Islam zu Deutschland? Sondern: Wollen wir, dass der Islam die Stellung der Religionen in Deutschland verändert? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Und die Grenze verläuft nicht zwischen Muslimen und Anders- oder Nichtgläubigen, wie schon Patrick Bahners mit seinem Buch "Die Panikmacher" beweist, in dem er seine ganz christlichen Sehnsüchte auf die schamhafte Verhüllung muslimischer Frauen und deren religiös reglementierten Alltag richtet. Diese Grenze trennt zunächst jene, die in den Errungenschaften der Aufklärung die Voraussetzung für die religiöse und weltanschauliche Pluralität einer Gesellschaft sehen, von denen, deren religiöses Verständnis einen Gott über die von Menschen gemachten Gesetze stellt, und das nicht nur in ihrem persönlichen Verständnis von Moral.

Riesenmoscheen und Kopftuchpflicht als Zeichen aufklärerischer Toleranz

Diese Grenze ist eigentlich klar und nachvollziehbar. Irreführend und unverständlich wird es, weil natürlich niemand der öffentlich Streitenden von sich behaupten würde, er sei ein Gegner aufklärerischen Gedankenguts.

Im Gegenteil, die glühendsten Verteidiger islamischer Sonderrechte berufen sich auf die Toleranz als oberstes Gebot der Aufklärung und erklären die Kritiker des Islam und seiner weltlichen Ansprüche für paranoid, phobisch oder aber, noch schlimmer, für fremdenfeindlich und rassistisch. Das Absurde ist, dass mit diesem Vorwurf auch islamkritische Türken, Iraner, Ägypter bedacht werden, die vom Verdacht der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus ja ausgeschlossen sein müssten, so dass allein ihre Kritik am Islam Anlass genug ist, sie öffentlich zu diskreditieren.

Nun kann man sich erklären, warum die Vertreter von Milli Görüs und der DİTİB im Namen gläubiger Muslime ihre Anforderungen an die deutsche Gesellschaft lauthals vertreten. So verstehen sie ihre Aufgabe, auch wenn das dem Zusammenleben der Muslime mit allen anderen Bürgern des Landes nicht unbedingt zuträglich ist. Dagegen bleibt es ein Rätsel, warum die Grünen und die SPD, deren Mitglieder und Anhängerschaft des religiösen Fundamentalismus dieser oder jener Art kaum verdächtig sind, kleinstadtartige Riesenmoscheen und die Kopftuchpflicht für kleine Mädchen zu Zeichen aufklärerischer Toleranz erheben; warum der sich als links verstehende Journalismus eine geschlossene Kampffront bildet für das Eindringen einer vormodernen Religion mit ihrem reaktionären Frauenbild, ihrer Intoleranz gegenüber anderen Religionen und einem archaischen Rechtssystem. Warum stehen diese Wächter der richtigen Gesinnung nicht auf der Seite der Säkularen aller Konfessionen? Warum verteidigen sie islamische Rechte gegen europäische Werte und nicht umgekehrt?

Der Islam hat den hier üblichen Umgang mit der Religion außer Kraft gesetzt

Werden Muslime in diesem Land an der Ausübung ihres Glaubens gehindert? Verweigert man ihnen Schulen, Universitäten, bestimmte Berufe, bürgerliche Rechte? Wäre es so, gehörte ich ganz sicher zu denen, die den Muslimen im Kampf um ihre Rechte beistehen würden.

So ist es aber nicht. Stattdessen lässt sich die deutsche Gesellschaft, die längst nicht nur aus angestammten Deutschen christlichen Glaubens besteht, Vereinbarungen und sogar Gesetze abhandeln, weil einer zugezogenen Religion die allgemeine Religionsfreiheit nicht genügt und sie darum den Alltag aller Bewohner dieses Landes zu verändern sucht.

Den Schulen in Rheinland-Pfalz und Berlin wird empfohlen, den Sportunterricht nach Geschlechtern zu trennen, in vielen Schulen und Kindergärten steht kein Schweinefleisch mehr auf dem Speiseplan, von Krankenhäusern wird erwartet, dass ihr Personal in islamischen Essens-, Hygiene- und sonstigen Vorschriften geschult ist.

Vor allem aber hat der Islam den in diesem Land üblichen Umgang mit der Religion außer Kraft gesetzt. Wir alle, Christen, Juden, Orthodoxe, Atheisten, sind gezwungen, fast täglich über den Islam zu sprechen und nachzudenken, wir sollen den Koran lesen und die Hadithen, damit wir den Islam verstehen lernen. **Aber ist es nicht unser Recht, vom Islam nichts zu verstehen und nur zu erwarten, dass wir von ihm nicht mehr behelligt werden als von allen anderen Religionen?**

Wir leben in einem weitgehend säkularen Staat, der den Gläubigen das Recht auf ihre Religion garantiert und den Ungläubigen das Recht, frei zu sein von Religion. Es wird auch vom Islam nicht mehr erwartet, als dass er Andersgläubige und Atheisten verschont mit den eigenen Glaubensregeln.

Das ist keine Islamfeindschaft, keine Islamophobie, schon gar kein Fremdenhass. Es ist die Frage an die gläubigen Muslime und ihre offiziellen Vertreter, ob sie ihre Religion mit den Voraussetzungen einer säkularen, freiheitlichen Gesellschaft vereinbaren können und wollen, ohne sie in ihrem säkularen und freiheitlichen Selbstverständnis immer wieder herauszufordern. Von ihrer Antwort wird es abhängen, ob der Islam zu Deutschland gehören kann oder nicht.